

## **EINLADUNG**

### **zur 65. ordentlichen Mitgliederversammlung**

**Mittwoch, 7. Mai 2014, 17.15 Uhr,**

**im Hotel Bellevue-Palace, Bern**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir freuen uns, Sie zur 65. ordentlichen Mitgliederversammlung der Vereinigung der Kader des Bundes einzuladen.

Vor dem geschäftlichen Teil der Mitgliederversammlung wird **Herr Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee, über wichtige aktuelle Fragen der Armee sprechen.**

#### **Traktanden:**

1. Geschäftsbericht 2013
2. Rechnungsablage 2013 und Voranschlag 2014
3. Mitgliederbeitrag 2014. Der Zentralvorstand beantragt die Beibehaltung der bisherigen Mitgliederbeiträge: 70 Franken für Aktive und 35 Franken für Pensionierte.
4. Wahlen (für zwei Jahre)
  - a. Zentralpräsident
  - b. Bisherige Mitglieder des Zentralvorstandes
  - c. Neue Mitglieder des Zentralvorstandes
  - d. Rechnungsrevisoren.
5. Tätigkeitsprogramm 2014/2015
6. Verschiedenes.

Nach dem geschäftlichen Teil der Mitgliederversammlung treffen sich Mitglieder und Gäste zum traditionellen Apéro.

Der Zentralvorstand



## Zentralvorstand 2013/2014

### Geschäftsleitung:

<b>Zentralpräsident</b>	Peter Büttiker, Fürspr., VBS
<b>Vizepräsident</b>	Martin Bolliger, dipl. Ing. ETH
<b>Generalsekretär</b>	Christian Furrer, Dr. iur.
<b>Stellvertretende Generalsekretärin</b>	Margrith Bachmann
<b>Zentralkassier</b>	Richard Zollinger, VBS
<b>Redaktor</b>	Christian Furrer, Dr. iur.
<b>Delegierter «Senioren»</b>	Erwin Steuri
<b>Beigezogenes Mitglied</b>	Albert Fritschi, lic. oec. publ.

### Beisitzer:

Reto Dürler, Dr. iur., EDA  
Angelo Rabiolo, lic. HEC, EDI  
Christian Bachofner, EJPD  
Heinz Wandfluh, Ing. FH comem, EFD  
Markus Huber, Dr. iur., Pensionierte  
Hugo Bretscher, lic. phil., ETH-Z  
Consuelo Antille, Administratrice, EPFL  
Waldemar Eymann, Div.a.D  
Rose Eveline Maradan El Bana, VBS  
Vogel Hans Rudolf, Hptm., EFD

### Verbindung zur Sektion:

Zürich / Ostschweiz  
EPFL / ETH Lausanne  
Militärische Berufskader  
VIBABS \*)  
Grenzwachtoffiziere

\*) VIBABS: Vereinigung der InstruktorInnen des BA für Bevölkerungsschutz

### Mitgliedschaft VKB

Aktive und pensionierte Führungs- und Fachkader (ab Lohnklasse 18 des Bundes oder vergleichbarem Niveau) der allgemeinen Bundesverwaltung, des ETH-Bereichs (ab Funktionsstufe 8), der SBB und der Post sowie der Swisscom, der RUAG und der Nitrochemie AG Wimmis.

## Verbindungen zur VKB

<b>Postadresse</b>	➡	VKB, Postfach, 3000 Bern 7
<b>Internet</b>	➡	– <a href="http://www.vkb-acc.ch">www.vkb-acc.ch</a> – <a href="mailto:office@vkb-acc.ch">office@vkb-acc.ch</a>
<b>Mutationen</b>	➡	<i>Eintritt, Adressänderung, Pensionierung, Austritt:</i> Meldung an – <a href="mailto:office@vkb-acc.ch">office@vkb-acc.ch</a> oder – VKB, Postfach, 3000 Bern 7  <i>Austritt aus der VKB:</i> Bitte beachten Sie, dass der Austritt aus der VKB auch den Wegfall von Dienstleistungen und den damit verbundenen Vergünstigungen / Rabatten (zB KPT, Zurich Connect) zur Folge hat.
<b>Auskünfte</b>	➡	Geschäftsstelle VKB – Tel. 079 128 63 44 – <a href="mailto:office@vkb-acc.ch">office@vkb-acc.ch</a>

## In dieser Nummer

Seite

Neuer Frontalangriff auf die Sparkasse des Bundespersonals	7
Staatsrechnung 2013 des Bundes: erneuter Überschuss	8
Sparprogramm KAP 2014: Zusatzbericht	9
Pensionskasse des Bundes PUBLICA: Ergebnis 2013	10
Pensionskasse der SBB: Etappenziel erreicht	11
Telearbeit: Mobiles Arbeiten beim Bund	11
Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung	12
Reformen in Verwaltung und Armee	14
Reformen in der Bundesverwaltung: Auswirkungen des Stellenabbaues auf die verbleibenden Mitarbeitenden	15
Lohnmassnahmen 2014 und 2015 der Swisscom	18
Geschäftsbericht 2013 der Vereinigung der Kader des Bundes	19
1. Zum Geleit	19
2. Sachgeschäfte	21
2.1 Bundespersonalrecht	21
2.2 Pensionskasse des Bundes PUBLICA	22
2.3 PUBLICA: Delegiertenversammlung	23
2.4 Lohnmassnahmen 2014	23
2.5 Reformen in Verwaltung und Armee	24
2.6 Überprüfung der Aufgaben des Bundes	26
2.7 Begleitausschuss der Sozialpartner	27
2.8 ETH-Bereich	28
3. Sektionen und Geschäftsbereiche	29
3.1 Sektion Zürich	29
3.2 Sektion militärische Berufskader	30
3.3 Sektion VIBABS	32
3.4 Sektion Grenzwachtoffiziere	33
3.5 Sektion ETH Lausanne	34
3.6 Geschäftsbereich Senioren	35
4. Mitgliederversammlung, Zentralvorstand und Administration	37
4.1 Mitgliederversammlung 2013 der VKB	37
4.2 Zentralvorstand, Geschäftsleitung und Administration	37

5. Finanzen	38
6. Dienstleistungen	40
7. Werbung	41
8. Internationale Tätigkeit	41
Die VKB in Stichworten	41
Zurich Connect: «Wenn die Diebe durchs Kippfenster kommen»	43
Beilage: Senioren VKB und angeschlossene Sektionen	
Einladung: Besichtigung des Bundeshauses	
Einladung: Rundgang durch die AIR 14 in Payerne	

# Neuer Frontalangriff auf die Sparkasse des Bundespersonals

## Die Sparkasse des Bundespersonals – die sicherste Bank der Schweiz

Gestützt auf Artikel 60 des Finanzhaushaltsgesetzes und Artikel 72 der Finanzhaushaltsverordnung führt das Eidg. Finanzdepartement seit Jahrzehnten die Sparkasse für das Personal der Bundesverwaltung und für weitere dem Bund angeschlossene Personengruppen. Die Sparkasse ist die sicherste Bank der Schweiz, weil der Bund mit seinem Vermögen für sie haftet (Staatsgarantie). In den Jahren 2008 (Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers) und 2009 verzeichnete die Sparkasse einen überdurchschnittlichen Mittelzufluss. Für 2014 rechnet der Bundesrat mit einem leicht abnehmenden Volumen und einem Zinsaufwand von 21 Millionen Franken.

Die Einlagen auf 25'000 Konten belaufen sich auf 2,7 Milliarden Franken. Das Personal profitiert von einem Zinssatz, der über dem Zins liegt, den die Banken für Spareinlagen gewähren. Aktuell beträgt dieser 0,75 Prozent. Darüber hinaus schätzen die Kunden, dass für den Zahlungsverkehr keine Gebühren erhoben werden.

Diese Art der Mittelbeschaffung ist interessant für den Bund, weil keine Emissionskosten anfallen. Ohne diese Sparkassengelder müsste der Bund langfristige Anleihen zu höheren Zinssätzen aufnehmen.

In der Sprache der Manager würde man hier von einer Win-win-Situation sprechen: bei der Sparkasse des Bundespersonals erzielen alle Beteiligten einen Nutzen.

## Erfolgreicher Angriff der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei im Dezember 2007

Bei der Beratung des Voranschlags 2008 stellte Nationalrat Hans Kaufmann (SVP/ZH) den Antrag, die Verzinsung der Einlagen in die Sparkasse des Bundespersonals von damals 3 auf 2 Prozent (d.h. um 25 Mio) zu senken. Er machte geltend, dass es um die *Abschaffung eines Privilegs des Bundespersonals* gehe.

Die Mehrheit der Finanzkommission beantragte, den Kürzungsantrag abzulehnen. Würde der Bund für das Bundespersonal Obligationen herausgeben, so müsste er das Personal mit Stempelabgaben belasten und den Banken Gebühren für die Emission der Anleihen entrichten. Mit der Möglichkeit, Spargeld direkt beim Bund anzulegen, entfallen diese Kosten.

Bundesrat Merz wies darauf hin, dass mit der beantragten Senkung des Zinssatzes die Attraktivität der Anlagen bei der Sparkasse des Bundespersonals gewaltig re-

duziert würde. Der Bund würde eine günstige Art der Mittelbeschaffung verlieren. Zudem sei die Sparkasse einer der ganz wenigen «fringe benefits», die der Bund seinem Personal gewähre. Viele Unternehmungen der Privatwirtschaft würden ihrem Personal bessere Vorteile gewähren.

Danach lehnte der Nationalrat mit 104:32 Stimmen den Antrag Kaufmann ab.

### **Neuer Frontalangriff der Finanzkommission des Nationalrates**

Gemäss Pressemitteilung vom 31. Januar 2014 beauftragte die Kommission den Bundesrat mit 14 zu 6 Stimmen (1 Enthaltung), die Frage zu prüfen, ob die Sparkasse des Bundespersonals noch zeitgemäss oder abzuschaffen sei.

## **Staatsrechnung 2013 des Bundes: erneuter Überschuss**

### **2013 – das achte fette Jahr seit 2006**

Der Bund hat im vergangenen Jahr 63,7 Milliarden ausgegeben. Die Staatsrechnung schliesst das Jahr 2013 mit einem *Überschuss von 1,3 Milliarden* ab. Budgetiert war ein Defizit von 0,4 Milliarden. Die Verbesserung ist Budgetunterschreitungen sowie hohen Einnahmen aus der Verrechnungssteuer zuzuschreiben. Auf der Ausgabenseite bewegen sich die Budgetunterschreitungen (-1,2 Mrd.) nahe beim Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen Einnahmen und Ausgaben einen Zuwachs von 3,2 Prozent. Die Bruttoschulden reduzierten sich im vergangenen Jahr um 0,8 Milliarden auf 111,6 Milliarden. Die Nettoschulden (Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen) gingen um 3,0 Milliarden auf 78,2 Milliarden zurück.

### **Finanzpolitische Standortbestimmung: Ausgabenkürzungen im Budget 2015**

Mit den Budgetweisungen hat der Bundesrat seine Vorentscheide für das Budget 2015 und den Finanzplan 2016-2018 getroffen. Er hat für das Budget 2015 Sparaufträge im Umfang von 0,7 Milliarden erteilt.

Der Finanzplan 2015-2017 wies noch durchgehend strukturelle Überschüsse aus. In der Zwischenzeit hat sich die *Haushaltsslage im Jahr 2015 massgeblich verschlechtert*, so dass ein strukturelles Defizit von 0,6 Milliarden resultiert.

Die finanzpolitische Strategie zielt kurzfristig auf die Bereinigung des Voranschlags 2015. Mittelfristig ist sie auf die grossen finanzpolitischen Herausforderungen aus den beiden prioritären steuerpolitischen Projekten ausgerichtet (Unternehmenssteuerreform III, Ehegattenbesteuerung). Im Sinn einer vorausschauenden Finanzpolitik soll daher der Handlungsspielraum des bisherigen Finanzplans (1,4 Mrd.) erhalten bleiben. Dazu sind dauerhafte Entlastungsmassnahmen nötig.

### **Bemerkungen der VKB**

Seit 2006 schliessen die Rechnungen des Bundes wesentlich besser ab als veranschlagt: acht fette Jahre für den Bundeshaushalt! Es mehren sich aber die Anzeichen, dass magere Jahre für die Bundesfinanzen anbrechen könnten. So konnte z.B. die Nationalbank erstmals seit ihrer Gründung im Jahre 1907 keine Gewinne an die Kantone und an den Bund abliefern. Die Mehrheit der Kantone und Gemeinden budgetiert bereits jetzt rote Zahlen und schnürt Sparpakete.

## **Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014): Zusatzbericht**

### **Varianten zum Stellenabbau beim Bund**

Der Bundesrat will zur Erfüllung der Aufträge, die ihm der Nationalrat im Zusammenhang mit der Rückweisung des Sparprogramms KAP 2014 erteilt hat, nach den Sommerferien einen Zusatzbericht zum KAP 2014 mit den beiden geforderten Szenarien vorlegen.

Das eine soll aufzeigen, wie der Bundeshaushalt mit *Mehreinnahmen* im Gleichgewicht gehalten werden kann.

Im anderen Szenario müssen drei Varianten entwickelt werden, *wie der Personalaufwand des Bundes durch Stellenabbau um rund 300 Millionen (ca. 6 %) reduziert* und die Staatsquote stabilisiert werden kann. Dabei sollen für jede Variante unterschiedliche Massnahmen entwickelt werden.

In Variante 1 erhält jedes Departement eine Abbauvorgabe von rund 6 Prozent des Personalaufwands; die Departemente können bei der Erarbeitung der Massnahmen Prioritäten setzen.

Variante 2 sieht primär Effizienzsteigerungen und Leistungsabbau in jenen Bereichen vor, in denen die Aufgabenerfüllung in der alleinigen Hand des Bundes ist (Sicherheit, Aussennetz, institutionelle und finanzielle Voraussetzungen).

In Variante 3 erfolgt der Abbau schwergewichtig in den Bereichen, in denen der Bund die Aufgabenerfüllung über Vorschriften und Subventionen steuert (z.B. Bildung und Forschung, Entwicklungszusammenarbeit, Landwirtschaft, Gesundheit). Da auf diese Bereiche nur rund 25 Prozent des Personalaufwands entfallen, müsste der Personalaufwand hier zur Erfüllung der parlamentarischen Vorgabe um 17 Prozent reduziert werden.

### **Zusatzbericht als Grundlage für Beschlüsse zum weiteren Vorgehen**

Der Zusatzbericht soll dem Parlament als Grundlage für Beschlüsse zum weiteren Vorgehen dienen. Für die Umsetzung der Szenarien dürften diverse Gesetzesänderungen notwendig sein. Der Bundesrat müsste daher eine neue Botschaft erarbeiten, zu der vorab eine Vernehmlassung durchzuführen wäre.

## **Pensionskasse des Bundes PUBLICA: Ergebnis 2013**

### **Anlagerendite von 3,5 Prozent**

Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA erzielte im Geschäftsjahr 2013 auf ihrem Anlagekapital von rund 35,8 Milliarden Schweizer Franken eine Performance von 3,5 Prozent. Der durchschnittliche Deckungsgrad Vorsorgewerke von PUBLICA betrug per Ende Jahr schätzungsweise 104 Prozent (Vorjahr: 105,2%). PUBLICA konnte die sehr gute Gesamtleistung des Vorjahres (7,9%) nicht wiederholen.

Die jährliche Durchschnittsrendite der Jahre 2000 bis 2013 beträgt bei PUBLICA 3,03 Prozent.

Ausschlaggebend für das Jahresergebnis ist einerseits der Umstand, dass PUBLICA in der Anlageklasse Aktien – nebst Schweizer Aktien und Aktien von Industrieländern – auch rund 10 Prozent des Gesamtvermögens in *Aktien von Schwellenländern* hält. Schweizer Aktien haben 2013 eine Rendite von 24 Prozent generiert, während sich die Rendite auf den Aktien der Schwellenländer auf -5 Prozent belief.

Die Performance negativ beeinflusst hat weiter die Struktur des Obligationen-Portfolios. PUBLICA investiert ausschliesslich in Kernländer der Eurozone. Die Renditen an den Obligationenmärkten fielen im vergangenen Jahr generell mehrheitlich negativ aus. Auch die Performance auf den Staatsanleihen von Schwellenländern – eine Anlageklasse, die PUBLICA aufbaut – entwickelte sich mit -15 Prozent negativ.

Schliesslich hat die Rendite in der Anlageklasse Rohstoffe, namentlich auf dem Gold, negativ zu Buche geschlagen. Für PUBLICA bedeutet dies eine Rendite von -12 Prozent in dieser Anlageklasse. Aus Diversifikationsgründen investiert PUBLICA knapp 2 Prozent des Gesamtvermögens in Gold.

Positiv auf die Performance ausgewirkt hat sich im vergangenen Jahr die Entwicklung am *Immobilienmarkt*. Mit einer Rendite von 5,8 Prozent leistet die Anlageklasse Immobilien einen Betrag von 0,4 Prozent an das Gesamtvermögen.

PUBLICA wird ihren Jahresbericht 2013 im Mai veröffentlichen.

## **Pensionskasse der SBB: Etappenziel erreicht**

Zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren weist die Pensionskasse der SBB wieder einen *Deckungsgrad von über 100 Prozent* auf: Ende 2013 lag der Deckungsgrad bei 101,8 Prozent. Dieses erfreuliche Ergebnis ist auf die gute Anlagerendite von 5,4 Prozent zurückzuführen.

Die Angestellten müssen deshalb im laufenden Jahr keine Sanierungsbeiträge mehr leisten. Die von den Gewerkschaften kritisierten Sanierungsbeiträge von 2,5 Prozent des beitragspflichtigen Lohnes entrichtete das Personal seit dem Jahre 2010.

Die Pensionskasse der SBB ist mit rund 56'000 Versicherten und einem Kapital von rund 15 Milliarden Franken eine der grössten Pensionskassen der Schweiz.

## **Telearbeit: Mobiles Arbeiten beim Bund**

### **Absichtserklärung in der Personalstrategie für die Bundesverwaltung 2011-2015**

Gemäss Ziffer 3.3 der Personalstrategie will der Bund ein modernes Arbeitsumfeld schaffen, wozu unter anderem auch Telearbeit gehört. Eine Massnahme besteht darin, Kriterien für ortsunabhängige Arbeitsplätze zu definieren.

Mobiles Arbeiten verändert die Arbeitsorganisation, beeinflusst die Führungskultur, und wirkt sich auf die Zusammenarbeit aus. Ein zentraler Erfolgsfaktor ist die Vernetzung aller Einflussfaktoren: Führung, Mitarbeitende, Informatik, Raummanagement.

In diesen Gebieten müssen zunächst die Anforderungen aus Sicht des Arbeitgebers definiert werden und in die Weiterentwicklung einfließen. Aus diesem Grund sollen die Kriterien, die ein ortsunabhängiger Arbeitsplatz aus Sicht des Arbeitgebers erfüllen muss, im Sinne bundesweiter Richtwerte und Standards definiert werden. Ziel ist ein Mobilitätskonzept für die gesamte Bundesverwaltung.

Zur Zeit laufen Pilotprojekte «Mobiles Arbeiten» in verschiedenen Departementen. Sie werden wissenschaftlich begleitet.

### **Telearbeit im Personalrecht des Bundes**

In Artikel 33 der Verordnung des Eidg. Finanzdepartements zur Bundespersonalverordnung (VBPV), in Kraft seit dem 1. Januar 2014, ist erstmals von Telearbeit die Rede. Danach können die Angestellten – im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle – ihre Arbeit ganz oder teilweise ausserhalb des Arbeitsplatzes leisten. Diese offene Formulierung räumt der für die Bewilligung von Telearbeit zuständigen Stelle einen grossen Handlungsspielraum ein.

Eine typische Erscheinungsform der Telearbeit ist das Home Office, die heimbasierte Telearbeit. Sie ist mit der aktuellen Infrastruktur bereits möglich und wird heute schon praktiziert.

Telearbeit kann aber auch unterwegs erbracht werden: mobile Telearbeit.

## **Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung**

### **Massnahmen der Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung**

Der Bundesrat veröffentlichte im Jahr 2003 einen Bericht über die Korruptionsprävention, der einen Überblick über die Massnahmen für die Bekämpfung der Korruption in der Bundesverwaltung enthält. Zu diesen Massnahmen zählen heute unter anderem:

- das Korruptionsstrafrecht
- der Verhaltenskodex der allgemeinen Bundesverwaltung vom 15. August 2012
- das Bundespersonalgesetz und die Bundespersonalverordnung
- die Eidg. Finanzkontrolle mit der Meldestelle bei Korruptionsverdacht (Whistleblowing).

Das öffentliche Beschaffungswesen gehört zu den potenziell korruptionsanfälligen Tätigkeitsbereichen. Folgende Massnahmen widmen sich daher vor allem

der Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung im öffentlichen Beschaffungswesen:

- die Integritätsklausel im Beschaffungswesen des Bundes
- Führungskurse und Ausbildungsseminare beim Bund
- Interne Kontrollsysteme.

## **Meldung von Missständen am Arbeitsplatz (Whistleblowing)**

*Wer ist ein Whistleblower oder Hinweisgeber?*

Ein Whistleblower oder Hinweisgeber ist eine Person, die die zuständige Stelle hinweist auf regelwidriges Verhalten, Missstände, illegales Handeln (z.B. Korruption, Insiderhandel etc.) oder allgemeine Gefahren, von denen sie erfährt. Hinweise an die Eidg. Finanzkontrolle (EFK) können von Privaten wie von Bundesangestellten gemacht werden.

*Angestellte des Bundes*

Angestellte des Bundes verletzen das Amtsgeheimnis oder verstossen gegen ihre Treuepflicht, wenn sie mit derartigen Informationen/Meldungen an die Öffentlichkeit bzw. an die Presse gelangen. Sie handeln hingegen völlig korrekt, wenn sie in guten Treuen eine Meldung an die zuständige Stelle richten. Die Pflicht zur Meldung an die Strafverfolgungsbehörde, den Vorgesetzten oder die EFK von Vergehen oder Verbrechen, welche von Amtes wegen verfolgt werden, trifft seit dem 1.1.2011 alle Mitarbeitenden des Bundes, welche nach dem Bundespersonalgesetz angestellt sind.

Zudem steht es allen Angestellten des Bundes zu, andere Unregelmässigkeiten der EFK zu melden, die sie bei ihrer amtlichen Tätigkeit feststellen oder von denen sie erfahren. Die EFK ergreift in der Folge die geeigneten Massnahmen. In beiden Fällen sieht Artikel 22a des Bundespersonalgesetzes vor, dass der hinweisgebenden Person wegen der Meldung keine Nachteile in ihrer beruflichen Stellung erwachsen dürfen.

*Finanzaufsicht und Korruptionsbekämpfung*

Aufgrund ihrer Aufsichtsfunktion ist es der Eidg. Finanzkontrolle möglich, im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit diskret und vor Ort die Plausibilität der erhobenen Vorwürfe zu prüfen und allenfalls auch Massnahmen anzuordnen.

Meldungen von Privaten wie auch von Angestellten des Bundes an die Eidg. Finanzkontrolle sind schriftlich per E-Mail an [verdacht@efk.admin.ch](mailto:verdacht@efk.admin.ch), Fax oder Post, vor Ort oder telefonisch (031 323 10 35), persönlich oder anonym möglich.

## *Vertraulichkeit*

Die EFK behandelt die Herkunft der Hinweise grundsätzlich vertraulich. Anonyme Eingaben werden bearbeitet. Sie tragen aber den Nachteil, dass die Zuverlässigkeit der Informationsquelle nicht geprüft werden kann und Rückfragen nicht immer möglich sind.

## **Whistleblowing in der Gruppe Verteidigung**

Die Gruppe Verteidigung beschäftigt rund 10'000 Mitarbeitende (Berufsmilitär und zivile Spezialisten) und ist die grösste Organisation im VBS. Die Gruppe hat im Januar 2014 eine eigene Anleitung zur Handhabung von Whistleblowing in der Gruppe Verteidigung herausgegeben. Unter dem Titel «Compliance» hat sie zudem eigene Verhaltensgrundsätze erlassen.

Arbeitnehmer und externe Hinweisgeber haben das Recht, Unregelmässigkeiten und Missstände, die sie feststellen oder die ihnen gemeldet worden sind, der Whistleblowing Stelle des Compliance Dienst Verteidigung zu melden.

Es geht insbesondere um Vorkommnisse, die negative Auswirkungen auf den guten Ruf der Gruppe Verteidigung, deren Arbeitnehmer oder die Schweizer Armee haben könnten (sog. Reputationsrisiken).

Whistleblowing Stelle Verteidigung

Tel. 031 324 81 11

whistleblowing-hotline@vtg.admin.ch

## **Reformen in Verwaltung und Armee**

### **Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation passte seine Organisation an**

Seit mittlerweile gut einem Jahr operativ, passt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI mit Blick auf künftige Herausforderungen per 1. April seine Organisationsstruktur an.

Die Anpassungen im Organigramm des SBFI beziehen sich insbesondere auf die Bereiche Berufsbildung und allgemeine Bildung sowie Hochschulen.

Die Neustrukturierung des bisherigen Direktionsbereichs Berufsbildung und Allgemeinbildung trägt den veränderten Anforderungen und Prioritäten in diesen Bereichen Rechnung. Sie führt die Belange der Sekundarstufe II zusammen, stärkt

insbesondere die höhere Berufsbildung und vereinigt die international und systemisch ausgerichteten Ressorts.

In operativer Vorwegnahme des Inkrafttretens des neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes HFKG Anfang 2015 werden die bis dato getrennten Abteilungen *Universitäten und Fachhochschulen* zu einer Abteilung *Hochschulen* zusammengeführt, welche fünf Ressorts und das Sekretariat der künftigen Schweizerischen Hochschulkonferenz umfasst.

Das SBFJ zählt knapp 300 Mitarbeitende und fördert die Bildung, Forschung und Innovation mit jährlich ca. 4,5 Milliarden Franken.

### **Integration des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung in die Bundesverwaltung**

Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung in Lausanne wurde 1982 eröffnet. Es beschäftigt über 30 Mitarbeitende und ist dem Eidg. Justiz- und Polizeidepartement unterstellt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, Rechtsgutachten über ausländisches Recht zu erstellen und eine Bibliothek über ausländisches und internationales Recht zu führen. Nach Auffassung des Bundesrates hat das Institut eine hybride Organisationsstruktur: es verfügt zwar über eigene Rechtspersönlichkeit, führt jedoch keine eigene Rechnung. Deshalb soll es in den nächsten Jahren in die zentrale Bundesverwaltung integriert werden. In Abweichung der Regelung für die zentrale Verwaltung soll die Unabhängigkeit des Instituts bezüglich seiner gutachterlichen und wissenschaftlichen Tätigkeit im Gesetz ausdrücklich verankert werden. Der Standort des Instituts in Lausanne ist nicht in Frage gestellt.

## **Reformen in der Bundesverwaltung: Auswirkungen des Stellenabbaues auf die verbleibenden Mitarbeitenden**

### **Diplomarbeit von Georg Kaufmann**

*Unser Mitglied Georg Kaufmann, Mitarbeiter der Luftwaffe, hat im Rahmen einer Diplomarbeit untersucht, wie sich ein Stellenabbau in der Bundesverwaltung auf die verbleibenden Mitarbeitenden («Survivors») auswirkt. Mit dem nachfolgenden Text fasst der Autor die Ergebnisse seiner Diplomarbeit zusammen.*

## **Betriebswirtschaftliche Optimierung durch Stellenabbau in der Bundesverwaltung und Auswirkungen auf die verbleibenden Mitarbeitenden**

An Beispielen in der Luftwaffe wurde im Rahmen einer DAS-Diplomarbeit an der Berner Fachhochschule untersucht, ob die in der Wissenschaft inzwischen anerkannten Auswirkungen auf die verbleibenden Mitarbeitenden nach einem Stellenabbau auch auf die Situation in der Bundesverwaltung zutreffen. Nach der empirischen Bestätigung erarbeitete der Autor Empfehlungen, welche bei Stellenreduktionen im Rahmen des Change-Managements die negativen Folgen von Stellenreduktionen für die verbleibenden Mitarbeitenden (die sogenannten «Survivors») mindern können.

Verbleibende oder Survivors sind – gemäss Literatur – jene Angestellten, die während eines Stellenabbaus nicht extern freigesetzt werden und damit weiterhin über einen Arbeitsplatz bei der gleichen Organisation verfügen.

### **Frühere Situation in der Bundesverwaltung**

Bis Mitte der neunziger Jahre galt in der Bundesverwaltung neben dem expliziten Arbeitsvertrag der «alte psychologische Vertrag» ohne Einschränkungen. Gemeint ist mit letzterem, dass neben dem Arbeitsvertrag eine weitere implizite Übereinkunft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber existiert: Firmen boten ihren Mitarbeitenden Beschäftigungssicherheit, regelmässige Lohnerhöhungen, Weiterbildungen, eine planbare Karriere mit Beförderungen, eine berechenbare Rente u.a. an. Die Mitarbeitenden ihrerseits arbeiteten hart und verhielten sich loyal, weil sie wussten, dass sie bei kooperativem Verhalten über Jahre, oft bis zur Pensionierung, bei der gleichen Firma bleiben konnten.

### **Aktuelle Situation**

Mit dem Inkrafttreten des ersten Sozialplanes des Bundes im Jahre 1998 ist der «alte psychologische Vertrag» zumindest teilweise durch den Arbeitgeber Bund aufgekündigt worden; die Stellen sind damit auch in der Bundesverwaltung nicht mehr unantastbar bzw. sicher.

Das VBS war in den letzten Jahren von Stellenreduktionen besonders betroffen; zwischen 2004 und 2013 wurden dort rund 2'500 Stellen gestrichen, rund 330 davon in der Luftwaffe. Tatsächlich entlassen wurden jedoch in den wenigsten Fällen Mitarbeitende; die meisten Stellen wurden über natürliche Fluktuationen oder Pensionierungen nach Sozialplan (ab Alter 58) abgebaut.

## **Stellenabbau als unternehmerische Strategie: mangelhafte Erreichung der Ziele**

Untersuchungen in den USA haben gezeigt, dass der planmässige Abbau von Stellen seit den frühen 80-er Jahren des letzten Jahrhunderts als unternehmerische Strategie eingesetzt wird, die mit dem Stellenabbau verbundenen Ziele jedoch kaum erreicht werden. Mehr als 90 Prozent der Firmen haben *Kostenreduktionen* durch Stellenabbau geplant, erreicht wurden diese aber von weniger als 50 Prozent; die von 75 Prozent der Firmen geplante *Produktivitätssteigerung* wurde nur von knapp mehr als 20 Prozent erreicht.

## **Reaktionen der «Survivors», Ergebnisse aus der Forschung**

Wieso sind die Unterschiede zwischen den geplanten Zielen und den tatsächlich eingetroffenen Ergebnissen derart gross? Verschiedene Untersuchungen in den 90-er Jahren in den USA und Grossbritannien zeigten, dass dies mit den Reaktionen der Verbleibenden auf einen Stellenabbau zusammenhängen könnte: Die Survivors gehen nach einem Stellenabbau nicht einfach zur Tagesordnung über, sondern können für die Organisation negative Reaktionen zeigen.

Ein Personalabbau ruft bei ihnen oft *Emotionen* hervor; insbesondere die Angst, mehr arbeiten zu müssen, Opfer des nächsten Stellenabbaus zu werden oder nicht mehr befördert zu werden (z.B. wegen des geringeren Bedarfs an Kadern). Solche Emotionen können zu Veränderungen der Einstellungen führen: sinkende Arbeitszufriedenheit, Reduktion des organisationalen Commitments, wenn Erklärungen für den Stellenabbau als ungenügend beurteilt wurden, was wiederum zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Management führen kann, und der stärker werdende Wunsch zum Verlassen der Organisation.

Daneben werden *Veränderungen des Verhaltens* und eine *Verschlechterung der Stimmung* beobachtet. Die Motivation, sich in gebührender Masse für die Erreichung der Ziele der Organisation einzusetzen, sinkt bei Survivors häufig ab, kann noch Jahre später auf tiefem Niveau verharren und zur «inneren Kündigung» führen. Zudem wird eine tiefe Risikobereitschaft und fehlendes Innovationsverhalten festgestellt: Survivors wollen keine Fehler machen, welche bei einem nächsten Stellenabbau gegen sie verwendet werden könnten.

Die Heftigkeit solcher Reaktionen hängt von verschiedenen Faktoren ab, welche durch die stellenabbauende Organisation zum Teil beeinflusst werden können.

## **Thematisierung in schweizerischen Organisationen**

Bis ins Jahr 2000 wurden in der Schweiz generell Stellen gestrichen, ohne dass vorgängig bewusst Überlegungen oder gar Massnahmen zur Bewältigung von

Reaktionen von Survivors getroffen worden wären. Erst mit der Thematisierung durch Samuel Berner wurde die Survivor-Problematik auch in der Schweiz vermehrt diskutiert und Programme zum Umgang mit den Verbleibenden nach einem Stellenabbau eingeführt (z.B. bei der Post).

### **Untersuchung bei der Luftwaffe und Handlungsempfehlungen**

Schriftliche und mündliche Befragungen bei 12 Vorgesetzten und 29 Mitarbeitenden der Luftwaffe, welche in den vergangenen zwei Jahren von einer Stellenreduktion betroffen waren, bestätigten meist, dass auch die Survivors in der Schweizer Luftwaffe grossmehrheitlich gleich reagieren, wie es bei den erwähnten Untersuchungen festgestellt wurde. Personalmangel und dessen Konsequenzen wurde als belastendes Problem von vielen Mitarbeitenden betrachtet, wie auch eine Untersuchung zum Thema «Stress und Befinden in der Schweizer Luftwaffe 2012» bestätigt.

Handlungsempfehlungen zur Linderung der negativen Folgen des Stellenabbaus für die verbleibenden Mitarbeitenden sollten auf der Ebene der Organisation (insbesondere gezielte Information der Survivors), der Führung (Neubeurteilung des Arbeitsvolumens und der Arbeitsverteilung, spezielle Beachtung der Survivors und ihrer Reaktionen) und der Survivors selber (z.B. mit einem Workshop) umgesetzt werden.

### **Fazit**

Da zu erwarten ist, dass sowohl im VBS z.B. mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) als auch in der gesamten Bundesverwaltung in Zukunft die Verwaltungsreformen in unvermindertem Masse weitergehen werden, empfiehlt der Autor, für die Bundesverwaltung ebenfalls ein *Programm für die Survivors* einzuführen, um damit zumindest einen Teil der negativen Konsequenzen aufzufangen und die Chancen des Erfolges von Reformen und den damit beabsichtigten Kostenreduktionen zu erhöhen.

## **Lohnmassnahmen 2014 und 2015 der Swisscom**

Swisscom und die Sozialpartner haben sich im Februar auf einen Lohnabschluss über zwei Jahre geeinigt. *2014 wird die Lohnsumme um 1,2 und 2015 um 1,8 Prozent erhöht.* Die Erhöhung der Löhne der Mitarbeitenden richtet sich nach deren Leistung und Höhe des aktuellen Lohnes, wobei für die grosse Mehrheit der Mitarbeitenden eine Lohnerhöhung von mindestens 0,3 Prozent pro Jahr festgelegt worden ist. Der Lohnabschluss gilt für alle dem Gesamtarbeitsvertrag von Swisscom und Swisscom IT Services unterstellten rund 13'700 Mitarbeitenden. Die Lohnerhöhungen werden jeweils per 1. April umgesetzt.

# Geschäftsbericht 2013 der Vereinigung der Kader des Bundes

## 1. Zum Geleit

*2013 – ein gutes Jahr für das Personal des Bundes*

– Bewegung im Personalrecht des Bundes

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Bundespersonalgesetzes vom 25. März 2000 ist die «Lex Villiger» mit Bundesbeschluss vom 14. Dezember 2012 erstmals teilrevidiert worden. Die mit den Personalverbänden ausgehandelte Kompromisslösung trat auf den 1. Juli 2013 in Kraft.

Die Ablösung der bisherigen Vorruhestandsregelung für besondere Personalkategorien durch eine neue Versicherungslösung trat auf den 1. Juli 2013 in Kraft. Ein Sparopfer für das militärische Personal und die Angehörigen des Grenzwachtkorps war dabei leider nicht zu vermeiden: die Anhebung des Rücktrittsalters um zwei Jahre.

Die Bundesverwaltung hat in den letzten drei Jahren die Löhne der rund 36'000 Mitarbeitenden der Bundesverwaltung auf die Einhaltung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann überprüft. Das Resultat stellt der Bundesverwaltung ein gutes Zeugnis aus: die Löhne entsprechen dem Grundsatz der Lohngleichheit.

– Lohnerhöhung für 2014 von 0,7 Prozent bei sinkender Teuerung

Die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung erhielten 2014 eine Reallohnerhöhung von 0,7 Prozent. Ein Teuerungsausgleich wurde wegen der negativen Jahresteuern nicht gewährt. Auf weitergehende Forderungen der Personalverbände, wie eine einmalige Zulage für die Rentenbeziehenden, ist die Vorsteherin des EFD nicht eingegangen. Das Thema des Rückstandes der Renten bezüglich des Teuerungsausgleiches (ca. rund 5 Prozent) bleibt auf der Pendenzenliste der Sozialpartner.

– Viel Dynamik bei der Pensionskasse des Bundes PUBLICA

Am 19. Dezember 2012 beschloss die Kassenkommission, auf den 1. Januar 2015 den technischen Zinssatz von heute 3,5 Prozent auf 2,75 Prozent und den Umwandlungssatz (heute 6,15%) auf neu 5,65 Prozent zu senken. Die Beschlüsse der Kassenkommission ziehen hohe Kosten nach sich.

Kassenkommission und Bundesrat haben sich am 15. Oktober 2013 dafür ausgesprochen, das bisherige Leistungsniveau zu erhalten. Zu diesem Zweck werden

während vier Jahren bedeutende Rückstellungen bei der Pensionskasse gebildet. Die monatlichen Sparbeiträge werden auf 2015 um 8,85 Prozent erhöht. Das entspricht jährlichen Mehrkosten von 65 Millionen Franken. Davon übernimmt der Arbeitgeber 80 Prozent, eine grosszügige Lösung, für welche das Personal dem Bundesrat und der Vorsteherin des EFD zu Dank verpflichtet ist.

Die Rentenbeziehenden werden 2015 auf der sicheren Seite sein, weil ihre Renten von Gesetzes wegen garantiert sind.

– Viel Bewegung in den Strukturen der Bundesverwaltung

Bei Umstrukturierungen in der Bundesverwaltung werden die Personalverbände frühzeitig und umfassend informiert. Die Vertreter des Personals wachen darüber, dass Umstrukturierungen sozialverträglich umgesetzt werden. Die Begleitung der Reorganisationsprozesse – insbesondere bei grossen Bundesämtern wie dem Bundesamt für Statistik, dem Bundesamt für Informatik oder dem Bundesamt für Migration – ist zeitlich aufwändig und stellt hohe Ansprüche an eine Milizorganisation wie die VKB.

– Schöne Erfolge – sinkende Mitgliederzahlen

Auch 2013 hat sich die VKB für eine faire Entlohnung des Kaders und für gute Arbeitsbedingungen engagiert. Dabei konnten, wie dargelegt, beachtliche Erfolge verzeichnet werden.

Wir vertreten pragmatisch, effizient und ohne lautstarken Auftritt in der Öffentlichkeit die Interessen der aktiven und pensionierten Kader des Bundes. Die Mitglieder des Vorstandes leisten einen grossen Einsatz bei der Vertretung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern und bei der Unterstützung von Mitgliedern bei individuellen Problemen.

Dennoch erfahren sie wenig Anerkennung durch die Angestellten: die Zahl der Mitglieder unserer Vereinigung sinkt, 70 Prozent der Angestellten des Bundes gehört keinem Personalverband an.

*Die VKB appelliert daher an ihre Mitglieder: informieren Sie ihre Kolleginnen und Kollegen über die Vorteile einer Mitgliedschaft und motivieren sie Ihre Kolleginnen und Kollegen für einen Beitritt zu unserer Kaderorganisation. Nur gemeinsam sind wir stark und werden gehört.*

Peter Büttiker  
Zentralpräsident

## 2. Sachgeschäfte

### 2.1 Bundespersonalrecht

#### 2.1.1 Inkrafttreten des revidierten Bundespersonalgesetzes (BPG)

Das revidierte Bundespersonalgesetz trat am 1. Juli 2013 in Kraft. Hauptpunkte der Revision des Gesetzes waren: Annäherung an das Obligationenrecht; praxisgerechtere Lösungen für die Auflösung von Arbeitsverhältnissen; Vereinfachung des Beschwerdeverfahrens; flexiblere Regelung bei der Finanzierung der beruflichen Vorsorge; stärkere Förderung der Sprachkompetenz der Mitarbeitenden.

#### 2.1.2 Revision der Bundespersonalverordnung (BPV)

Die geänderten Bestimmungen der Bundespersonalverordnung wurden – zusammen mit der Anpassung der Verordnung des EFD zur Bundespersonalverordnung (VBPV) – grösstenteils auf den 1. Juli in Kraft gesetzt. Zu diesen Bestimmungen gehören:

- Zweijähriger Kündigungsschutz bei Krankheit oder Unfall, ausser der Kündigungsgrund bestand schon vor der Arbeitsverhinderung.
- Beiden Elternteilen wird ein Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrades um maximal 20 Prozent nach der Geburt oder Adoption eines Kindes eingeräumt, sofern der Beschäftigungsgrad durch diese Massnahme 60 Prozent nicht unterschreitet.

Ein zweites Paket von Änderungen trat am 1. Januar 2014 in Kraft. Es handelte sich zum einen um Präzisierungen in den Bereichen *Kündigungsschutz*, *Lohnfortzahlung im Krankheitsfall* und *der familienexternen Kinderbetreuung*. Zum andern ging es um *Vereinfachung der Bestimmungen zu Arbeitszeit, Ferien und Feiertagen*. Neu verankert wurden die Vertrauensstelle für das Bundespersonal und die Vertrauensstelle für das Personal des VBS.

#### 2.1.3 Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP)

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2013 eine neue Pensionierungslösung für die Mitarbeitenden der besonderen Personalkategorien der Bundesverwaltung beschlossen. Damit anerkannte er einerseits, dass es für bestimmte Funktionen in der Bundesverwaltung weiterhin eine Sonderlösung braucht. Andererseits kann der Bundeshaushalt entlastet werden. Neu erfolgt die Abgeltung der besonderen funktionsbedingten Anforderungen und Belastungen durch zusätzliche Beiträge des Arbeitgebers an die berufliche Vorsorge. Die Verordnung trat am 1. Juli in Kraft.

### *2.1.4 Neugestaltung der Überbrückungsrente nach Artikel 88f der Bundespersonalverordnung und der vorzeitigen Pensionierungen nach Sozialplan*

In den Leitlinien für die Altersvorsorge 2020 hat der Bundesrat den Arbeitgebern und den Pensionskassen empfohlen, vorzeitige Altersrücktritte weniger attraktiv zu machen. So leistet der Arbeitgeber Bund heute Beiträge an die Überbrückungsrente von Angestellten der Bundesverwaltung, was vorzeitige Altersrücktritte fördert. Der Bundesrat hat die Sozialpartner des Bundes aufgefordert, sich eine Anpassung dieser Leistungen, die im Anhang 1 zur Bundespersonalverordnung festgelegt sind, zu überlegen. Eine Arbeitsgruppe des Eidg. Personalamtes, in welcher die VKB vertreten war, hat Eckwerte für die Neugestaltung der Überbrückungsrente und der vorzeitigen Pensionierungen nach Sozialplan entwickelt.

Die Information der Mitarbeitenden über die Eckwerte wird mit der Änderung der Rechtsgrundlagen erfolgen. Die für die Umsetzung der Eckwerte notwendige Anpassung der Bundespersonalverordnung soll dem Bundesrat Mitte 2014 zum Beschluss vorgelegt werden.

## **2.2 Pensionskasse des Bundes PUBLICA**

### *2.2.1 Jahresrechnung 2012*

Der Deckungsgrad von PUBLICA betrug per 31. Dezember 2012 105,2 Prozent (Vorjahr 103,1%).

### *2.2.2 Das Jahr 2013 – ein gutes Jahr für die Pensionskasse des Bundes*

Die Jahresrechnung der Pensionskasse PUBLICA per 31. Dezember 2013 liegt noch nicht vor. Dennoch zeichnet sich ab, dass das Jahr 2013 für die Pensionskasse des Bundes ein gutes Jahr war. Denn die Kurse an den Börsen haben sich in den Industrieländern erfreulich entwickelt.

PUBLICA weist ein ungünstiges Verhältnis zwischen Aktiven und Rentenbeziehenden auf. Dieses führt dazu, dass die Pensionskasse laufend mehr Renten auszahlt als Beiträge erhält (negativer Cashflow), was den Deckungsgrad belastet. Kassenkommission und Direktion sind weiterhin gefordert.

### *2.2.3 Senkung des technischen Zinssatzes auf den 1. Januar 2015*

Am 19. Dezember 2012 traf die Kassenkommission PUBLICA eine strategische Entscheidung: die Senkung des technischen Zinssatzes per 1. Januar 2015 auf 2,75 Prozent und die erneute Senkung des Umwandlungssatzes auf neu 5,65 Prozent. Dieser Entscheidung trägt den anhaltend tiefen Renditeerwartungen Rechnung. Er zieht hohe Kosten nach sich.

Kassenkommission und Bundesrat haben sich am 15. Oktober 2013 dafür ausgesprochen, das bisherige Leistungsniveau zu erhalten.

#### *2.2.4 Kassenkommission: neue Zusammensetzung für die Amtsperiode 2013-2017*

Die Delegiertenversammlung der Pensionskasse des Bundes PUBLICA wählte am 2. Mai 2013 acht *Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmenden*.

Die Personalverbände des Bundes hatten sich für die Wahl der Kassenkommission PUBLICA zusammengeschlossen: mit einer gemeinsamen Wahlliste hatten sie den Delegierten acht qualifizierte Persönlichkeiten – vier bisherige und vier neue – zur Wahl vorgeschlagen.

Die VKB konnte in der Person von *Philippe Thalmann*, Professor für Ökonomie an der ETH-Lausanne, einen bestens qualifizierten und perfekt zweisprachigen Kandidaten präsentieren. Mit ihm ist unsere Vereinigung weiterhin kompetent in der Kassenkommission vertreten.

#### *2.2.5 Neue Leitung der Vermögensverwaltung*

PUBLICA wählte per 1. Juli 2013 Dr. Stefan Beiner als Leiter Asset Management. Der bisherige Stellvertreter übernahm die Nachfolge der langjährigen Leiterin Dr. Susanne Haurly von Siebenthal, welche PUBLICA per 30. Juni verlassen hatte.

### **2.3 PUBLICA. Delegiertenversammlung**

Die Delegiertenversammlung PUBLICA zählt insgesamt 80 Mitglieder. 61 Sitze stehen dem Wahlkreis Bund zu, 15 Sitze dem Wahlkreis ETH-Bereich.

Im Wahlkreis Bund stellt die VKB fünf Delegierte. Daniel Bürki (Of Grenzwachtkorps) trat zurück, weil er eine Stelle ausserhalb der Bundesverwaltung antrat. Angelo Rabiolo (BAG/EDI) konnte als Delegierter nachrücken.

Im Wahlkreis ETH-Bereich stellt die VKB mit 9 Delegierten die Mehrheit. Nach seiner Wahl in die Kassenkommission trat Prof. Philippe Thalmann, EPFL, als Delegierter zurück. Giovanni Saleme, lic.rer.publ., Departementskoordinator ETHZ, übernahm den vakant gewordenen Sitz.

### **2.4 Lohnmassnahmen 2014**

#### *2.4.1 Lohnmassnahmen 2014 des Bundes: Reallohnerhöhung von 0,7 Prozent*

Die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung erhielten 2014 eine Reallohnerhöhung von 0,7 Prozent. Ein Teuerungsausgleich wurde wegen der negativen Jahresteu-

rung nicht gewährt. Dies ist das Ergebnis der Verhandlungen vom 12. November zwischen den Personalverbänden des Bundes und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Der Bundesrat hat am 29. November dieses Ergebnis bestätigt.

Auf weitergehende Forderungen der Personalverbände, wie eine einmalige Zulage für die Rentenbeziehenden, wurde nicht eingegangen.

### *Bemerkungen der VKB*

Trotz einer günstigen Ausgangslage zeigten sich die Arbeitgeber überall sehr zurückhaltend. Die vom Bundesrat beschlossene Lohnentwicklung für 2014 ist als bescheiden zu bezeichnen.

Einmal mehr gingen die Rentner des Bundes bezüglich Teuerungszulage leer aus: zum zehnten Mal in Folge seit 2005. Das Thema des Rückstandes der Renten bezüglich des Teuerungsausgleiches (ca. rund 5 Prozent) bleibt auf der Pendenzenliste der Sozialpartner.

### *2.4.2 Lohnmassnahmen im ETH-Bereich (vgl. Ziff. 2.8)*

## **2.5 Reformen in Verwaltung und Armee**

### *Projekt FUTURO des Bundesamtes für Statistik*

Das im Jahre 2011 eingeleitete Projekt zielte darauf ab, die Organisation und den Einsatz der Ressourcen im Amt zu verbessern. Das neue Organigramm trat am 1. März 2014 in Kraft.

### *Neuausrichtung des Bundesamtes für Informatik*

Das Bundesamt wechselte Anfangs April in eine neue, prozessorientierte Organisation. Im Herbst konnte ein neues Verwaltungsgebäude in Zollikofen mit 750 Arbeitsplätzen bezogen werden.

### *Reorganisation des Bundesamtes für Migration*

Die Reorganisation des Bundesamtes für Migration wurde per 1. September 2013 abgeschlossen. Es war die dritte Reorganisation dieses Amtes seit 2005. Die Mitarbeitenden konnten intensiv an der Veränderung ihrer Organisation mitwirken: Konzept Organisationsentwicklung. Auch die Personalverbände waren eng in das Projekt eingebunden

### *Neues Bundesamt ab 2014: Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV)*

Das neue Amt im Eidg. Departement des Innern vereint das Bundesamt für Vete-

rinärwesen (BVET) und die Abteilung Lebensmittelsicherheit im Bundesamt für Gesundheit (BAG).

### *Neuausrichtung des Bundesamtes für Landwirtschaft*

In der Frühjahrssession 2013 haben die Eidg. Räte die Agrarpolitik auf eine neue Basis gestellt: die Agrarpolitik 2014-2017. In diesem Zusammenhang wurde das Bundesamt für Landwirtschaft neu ausgerichtet. Der erste Schritt der Reorganisation betraf die internationalen Aktivitäten. Im zweiten Schritt, per 1. Januar 2014, wurde die gesamte Struktur des Bundesamtes neu ausgerichtet.

### *Neuorganisation der Agrarforschung des Bundes: Agroscope*

Am 1. Januar 2014 trat eine neue Organisation für Agroscope in Kraft. Agroscope besteht nun aus vier Instituten an sieben Standorten in der ganzen Schweiz und beschäftigt rund 1000 Mitarbeitende. Im Jahre 2018 soll der Standort Liebefeld-Bern nach Posieux FR verlegt werden.

### *Weiterentwicklung der Armee (WEA)*

Am 26. Juni 2013 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee eröffnet: Armeereform. Der Sollbestand der Armee soll auf 100'000 Armeeangehörige gesenkt werden. Vor allem bei den Immobilien, beim Berufspersonal sowie bei Ausrüstung und Bewaffnung sind deswegen grosse Einschnitte unausweichlich, um das angestrebte Gleichgewicht zwischen Leistungen und Ressourcen zu erreichen. Die Umsetzung des Projektes beginnt 2017 und soll 2020 abgeschlossen sein. Zu den Auswirkungen des Projektes auf das militärische und zivile Berufspersonal enthält der Bericht nur vage Ausführungen.

### *Neues Stationierungskonzept der Armee*

Das vom Bundesrat am 26. November gutgeheissene Stationierungskonzept sieht vor, dass die Armee künftig auf einen Drittel der Immobilien verzichten muss. Verzichtet werden muss auf zahlreiche klassifizierte unterirdische Anlagen in der ganzen Schweiz. Die Schliessung dieser klassifizierten Anlagen wird dem Parlament in einer separaten Botschaft, parallel zur Änderung des Militärgesetzes, vorgelegt.

Ferner wird auf den Militärflugplatz Sion verzichtet. Die Flugplätze in Buochs und Dübendorf, die bereits heute nur reduziert betrieben werden (Sleeping Bases), werden ebenfalls aufgegeben, wobei Dübendorf noch als Helikopterbasis weiterbestehen wird. Ebenfalls verzichtet wird auf die Waffenplätze Fribourg, Genf, Moudon, Lyss und St-Maurice, sowie auf die Unterkünfte und Schiessplätze Glau-  
benberg, Brigels und Gluringen.

Der vorläufige Entwurf des Stationierungskonzepts hat einen direkten Einfluss auf rund *300 Arbeitsplätze*. Da sich die Umsetzung des Konzeptes auf mehrere Jahre erstrecken wird, kann die nötige Reduktion der Arbeitsstellen über natürliche Abgänge erreicht werden. Es wird Mitarbeitende geben, die nach der Umsetzung an einem anderen Standort arbeiten werden.

## **2.6 Überprüfung der Aufgaben des Bundes**

Der Bundesrat hatte am 19. Dezember 2012 die Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) verabschiedet. Die darin enthaltenen Sparmassnahmen sollten den Bundeshaushalt jährlich um rund 700 Millionen Franken entlasten.

Mit der Botschaft zum KAP 2014 erfüllte der Bundesrat einen Auftrag des Parlaments. Mit einer im Frühling 2012 überwiesenen Motion hatte dieses den Bundesrat aufgefordert, die Aufgabenüberprüfung fortzusetzen.

Die Vorlage enthielt 16 Sparaufträge an den Bundesrat, die im Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts festgeschrieben werden sollten.

### *– Seilziehen um das Sparprogramm zwischen den beiden Räten*

Nach einem längeren Seilziehen zwischen den beiden Räten beschloss der Nationalrat am 2. Dezember zwar auf die Vorlage einzutreten, sie aber an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Bundesrat wurde beauftragt, neue Varianten zur Erreichung finanzieller Ziele auszuarbeiten.

Der widersprüchliche Rückweisungsbeschluss des Nationalrates kam mit den Stimmen der SVP, der SP und der Grünen zustande. Die SVP verlangt vom Bundesrat massive Beschränkungen bei den Ausgaben, so einen Abbau von 1600 bis zu 2000 Stellen in der Bundesverwaltung. Die Sozialdemokraten und die Grünen setzen auf Mehreinnahmen.

Nun wird der Bundesrat andere Massnahmen ergreifen müssen, um die Einhaltung der Schuldenbremse in den Voranschlägen der Jahre 2015 und 2016 sicherzustellen.

### *– Bundespersonal und Bundesverwaltung als neue Sparziele*

Anstatt auf die 16 Sparvorschläge des Bundesrates im Rahmen des KAP einzutreten, benützte eine neu gebildete Allianz von SVP, FDP und Grünliberalen spontan die Gelegenheit, bei der Beratung des Voranschlages 2014 das Bundespersonal und die Bundesverwaltung ins Visier zu nehmen. Sie beantragte, den Personalaufwand um 50 und den Sach- und Betriebsaufwand der Bundesverwaltung um 150 Millionen zu kürzen.

Einmal mehr behauptete Nationalrat Blocher (SVP/ZH), man könnte in der Verwaltung des Bundes 30 Prozent der Stellen abbauen, ohne die Aufgaben zu reduzieren.

Die Kürzung des Personalaufwands konnte nach mühsamem Ringen abgewendet werden.

Dagegen wird die Kürzung von 150 Millionen beim Sach- und Betriebsaufwand der Bundesverwaltung umgesetzt.

– *Das Bundespersonal bleibt im Visier der Sparpolitiker*

Die Finanzkommission des Ständerates verlangte im Herbst vom Eidg. Personalamt einen Bericht über die Entwicklung im Personalbereich. Daraus geht hervor, dass der Personalaufwand von 2007 bis 2017 um rund 1,1 Milliarden ansteigen wird, was einer jährlichen Wachstumsrate von 2,3 Prozent entspricht.

Der *Stellenbestand der Bundesverwaltung* stieg im Zeitraum 2007-2012 von 32'105 auf 33'309 Stellen (Vollzeitstellen), was für manche Parlamentarier ein enormes Wachstum darstellt.

Vielfach kritisiert wurde auch das *Lohnsystem des Bundes*. So wurde der individuelle Lohnaufstieg für Angestellte mit Leistungen der Beurteilungsstufen 2-4 als «automatisch» oder «garantiert» bezeichnet.

Bei Leistungen der Beurteilungsstufe 2 – «erreicht die Ziele weitgehend» – wird der Lohn der Angestellten jährlich um 1-2 Prozent erhöht, bis der Höchstbetrag der Lohnklasse erreicht ist. Diese seit dem 1. Juli 2013 geltende Regelung wurde von Kritikern wie folgt wahrgenommen: mehr Lohn beim Bund gibt es auch bei schwacher Leistung.

Es muss angenommen werden, dass diese Themen auf parlamentarischer Seite wieder aufgegriffen werden, wenn es darum geht, neue Sparmassnahmen zu entwickeln.

## **2.7 Begleitausschuss der Sozialpartner (BAS)**

In diesem Ausschuss – geleitet durch die Direktorin des Eidg. Personalamtes – wird die VKB durch ihren Zentralpräsidenten vertreten. Im Jahre 2013 fanden sieben ordentliche Sitzungen statt. Dabei wurden vor allem die Sachgeschäfte besprochen, die unter den Ziffern 2.1-2.6 dieses Berichts erwähnt werden.

Darüber hinaus wurden Informationen vermittelt über die Tätigkeit der Konferenz der Personalchefs der Bundesverwaltung:

- Konzept zum Generationen-Management, Konzept zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen, Weisungen betreffend die Mittelzuteilung für die berufliche Integration, Berichte über Hochschulauftritte und –praktika 2012, Berichte über das betriebliche Gesundheitsmanagement und Diversity Management
- Berichterstattung über das Ausbildungszentrum des Bundes und das Jahresprogramm 2014
- Grundanforderungen für Kader und Kompetenzmodell, Ausarbeitung neuer Kompetenzkarten und Folien
- Information über die Arbeitssicherheit: Aufbau einer Betriebsgruppenlösung für die Bundesverwaltung
- Universum Student Survey 2013: Die Bundesverwaltung gehört weiterhin zu den attraktiven Arbeitgebern der Schweiz
- Änderung der Richtlinie zu den Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämtern
- Neues Personal- und Kaderentwicklungskonzept im Rahmen der Personalstrategie 2011-2015.

## **2.8 ETH-Bereich**

### *– Lohnmassnahmen 2014 im ETH-Bereich*

An den Lohnverhandlungen vom 20. November haben sich die Sozialpartner auf eine Lohnerhöhung von 0,5 Prozent für 2014 geeinigt. Dies nach zähen, aber fairen Verhandlungen und nach der Zusicherung des ETH-Rats, Begleitmassnahmen zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen der Senkung des technischen Zinssatzes bei PUBLICA im Jahr 2015 auszugleichen. Über diese Massnahmen wird bereits im Frühling 2014 mit den Personalverbänden verhandelt. Diese Massnahmen sind notwendig, um Reduktionen des Nettolohns infolge höherer Beiträge der Angestellten des ETH-Bereiches zu vermeiden

### *– Revidiertes Personalrecht für den ETH-Bereich*

Am 14. Juni 2013 hat der Bundesrat personalrechtliche Änderungen in der Verordnung ETH-Bereich gutgeheissen bzw. die Änderungen vom 6. März 2013 der Personalverordnung ETH-Bereich (PVO-ETH) genehmigt. Diese Verordnungsänderungen traten zusammen mit dem revidierten Bundespersonalgesetz am 1. Juli 2013 in Kraft. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Befristung von Arbeitsverhältnissen, die Probezeit, die Kündigungsfristen, die Unterstützungsmassnahmen bei unverschuldeten Kündigungen und die ETH-Beschwerdekommision.

## 3. Sektionen und Geschäftsbereiche

### 3.1 Sektion Zürich

#### *Erneuerungswahl des Vorstandes*

An der Generalversammlung vom 14. November stellten sich alle bisherigen Vorstandsmitglieder für die Amtsperiode 2013-2015 zur Verfügung. Zusätzlich war das vakante Amt des Vizepräsidenten zu besetzen und ein weiteres Mitglied zu wählen.

Die Versammlung bestätigte mit Akklamation den bisherigen Vorstand und den Präsidenten. Giovanni Saleme wurde neu als Vizepräsident gewählt und der vakante Sitz im Vorstand wurde mit Prof. Adrian Biland besetzt.

Der Vorstand setzt sich somit für die Amtsperiode 2013-2015 wie folgt zusammen:

- Prof. Dr.sc.techn. Ulrich Weidmann (Präsident), D-BAUG, ETH Zürich
- Dr. Peter Michael Allenspach, Physiker ETH, Bereichsleiter Logistik PSI
- Prof. Dr. Adrian Biland, Physiker, ETH Zürich / D-PHYS
- Hugo Bretscher, lic.phil., Generalsekretär ETH Zürich
- Albert Fritschi, lic.oec.publ. (Sekretär)
- Heidi Leutwyler, dipl. Betriebsökonomin HWV, Leiterin Abt. Finanzen/Controlling/Einkauf, EMPA
- Giovanni Saleme (Vizepräsident), lic.rer.publ., Departements-Koordinator, D-HEST, ETH Zürich
- Ueli Stahel, phil. I.

#### *Wichtige Geschäfte*

An vier ordentlichen Sitzungen behandelte der Vorstand die laufenden Geschäfte. Besonders zu erwähnen sind die Verhandlungen über die Lohnmassnahmen 2014 mit dem ETH-Rat (vgl. Ziff. 2.8). Unsere Ziele dabei waren: Kaufkraftsicherung der Gehälter bei steigenden Versicherungsprämien; Kaufkraftsicherung der Renten PUBLICA; verstärkte Nachwuchs- und Frauenförderung; Evaluation und Weiterentwicklung des Leistungslohnsystems (NLS) mit Erarbeitung nicht-monetärer Leistungsanreize.

Am 13. Dezember informierte der ETH-Rat, dass er eine externe Stelle beauftragen werde, das seit 2006 im ETH-Bereich eingeführte neue Lohnsystem (NLS) einer Evaluation zu unterziehen. Damit sollen insbesondere folgende Ziele verfolgt werden: Aufzeigen von Möglichkeiten, die Systematik und die Umsetzungsprozesse bei der Anwendung des neuen Lohnsystems zu optimieren; Optimierung der Systemtransparenz.

Die Sektion hat bereits im Vorjahr das «Positionspapier zum Neuen Lohnsystem» erarbeitet, welches auf dem Grundsatzdokument «Kaderpolitik und leistungsorientierte Entlöhnung im Neuen Lohnsystem» basiert. Dieses Positionspapier wird unsere Leitlinie für die Evaluation des neuen Lohnsystems bilden.

### *Veranstaltungen 2013*

Das Mitgliedertreffen führte uns am 25. Juni zur Grenzwache in der Region II, Rafz. Die Verbindungsleute trafen sich am 24. September beim Institut für biomedizinische Technik der ETH und der Universität Zürich, und vor der Generalversammlung am 14. November an der ETH wurde uns das Disney Research Zürich Labs durch Dr. Stefan Mangold, Leiter wireless communications, vorgestellt.

### *Mitgliederwerbung 2013*

Im Berichtsjahr wurde ein eigener Werbeprospekt der VKB Zürich entworfen. Der Flyer – erstmals in deutsch und englisch – mit der Bezeichnung für die VKB «*Association of Federal Executives, Scientific and Senior Staff*», ist spezifisch ausgerichtet auf die Kaderangehörigen unserer Sektion, der ETH Zürich und der vier Forschungsanstalten PSI, EMPA, Eawag und WSL. Eine Wiederholung der Werbeaktion ist im Frühjahr 2014 geplant.

Per Ende 2013 konnte die Mitgliederzahl der Sektion Zürich wiederum leicht auf insgesamt 753 Mitglieder erhöht werden.

## **3.2 Sektion militärische Berufskader**

### *Arbeitsumfeld des militärischen Berufskaders*

Für die militärischen Berufskader ging ein weiteres arbeitsreiches Jahr zu Ende. Die Stimmung in Berufskader ist aufgrund der hohen Belastung sehr verhalten. Zu schaffen machen die Unterbestände an Berufspersonal. Die Lücke an fehlendem Berufskader wird immer grösser. Die bis heute getroffenen Gegenmassnahmen zeigen wenig bis keine Wirkung. Die Situation ist nicht neu. Seit Jahrzehnten kämpfte das EMD, heute VBS gegen diesen Mangel an Berufspersonal. Viele Entschiede der kürzeren Vergangenheit haben die Problematik eher verschärft statt gelindert. Gute Ideen von der Basis ersticken im Ansatz, weil die Vernehmlassung in zu kurzen Fristen durchgeführt wird. Gute Lösungen werden nicht aufgenommen mit der Begründung, die Zeit sei nicht vorhanden.

Die Zustimmung zur Armee ist durch das Volk und Parlament erfreulich hoch, was das Berufskader mit Genugtuung und Freude zur Kenntnis nehmen sollte. Das Volk hat die eidgenössische Volksinitiative «*Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht*»

der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) am 22. September 2013 mit 73,2 Prozent der Stimmenden und allen Kantonen abgelehnt. Die Initiative wollte die in der Schweiz geltende Wehrpflicht aufheben und die Schweizer Armee so in eine freiwillige Miliz umwandeln. In Österreich wurde bei einer vergleichbaren Abstimmung ein Resultat von 59,7 Prozent erreicht.

Bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der Armee hat sich das Parlament durchgesetzt: 100'000 Armeeangehörige und ein Budget von 5 Milliarden pro Jahr. Ein erfreuliches Resultat nach einem langen Hickhack zwischen der Landesregierung und dem Parlament.

Unsere Armee erfüllt ihre Aufgaben voll und ganz, denken wir nur an den Januar 2014 zurück, wo zu gleicher Zeit WEF, Syrienkonferenz und Staatsbesuch der Präsidentin aus Südkorea bewältigt werden mussten.

#### *Geschäfte des Vorstandes 2013/14*

Der Vorstand hat im letzten Geschäftsjahr vier halbtägige Sitzungen durchgeführt. Die Geschäftsleitung widmete sich alternierend mit dem Vorstand den anfallenden Geschäften. Das Geschäftsjahr verlief ohne nennenswerte Turbulenzen. Grosse Aufmerksamkeit widmeten wir unserer Generalversammlung vom 28. März 2014 in Bern. Die eingeladenen Referenten waren:

- Brigadier Peter Zahler, Chef LW Stab, zur Beschaffung des Gripen;
- Divisionär Hans-Peter Walser, Chef Armeestab, zur Weiterentwicklung der Armee WEA;
- Frau Brigadier Germaine Seewer, J1, zu Problemen im Bereich Personelles der Armee.

Div a.D. Waldemar Eymann übergab nach 8 Jahren die Führung an Div a.D. Daniel Roubaty. Dieser wurde von der Versammlung der Sektion gewählt und wird von der Jahresversammlung der VKB bestätigt werden.

#### *Ausblick*

Das Volk wird über den Kauf von 22 Gripen-Kampfflugzeugen abstimmen können. Die Gegner haben die Unterschriften für das Referendum zustande gebracht. Die Abstimmung findet am 18. Mai dieses Jahres statt. Der Gripen E ist für die Schweiz die richtige Lösung. Er erfüllt die militärischen Anforderungen, ist fortschrittlich (bestes Radar, beste Lenkwaffe). Er hat die tiefsten Beschaffungs- und Betriebskosten (z.B. Anzahl Mechaniker).

Er hat das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis und ermöglicht eine Weiterentwicklung der anderen Teile der Armee. Er ist somit wie geschaffen für die Schweiz. Mit der

Gripen-Beschaffung wird unser Luftraum auch künftig mit einer angemessenen Durchhaltefähigkeit geschützt.

Abschliessend dankt der Präsident seinem Vorstand für die geleistete Arbeit und den Mitgliedern für die Unterstützung. In unseren Dank schliessen wir auch die gute Zusammenarbeit des Zentralvorstandes der VKB, mit ihrem Präsidenten Peter Büttiker, für die Belange unseres militärischen Berufskaders ein. Dem neuen Präsidenten, Div a.D. Daniel Roubaty, wünscht der scheidende Präsident viel Erfolg.

### **3.3 Sektion Vereinigung der Instruktoren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (VIBABS)**

#### *Dank*

Vorab möchten wir allen danken, welche unsere Organisation mit Rat und Tat unterstützt haben und es dadurch ermöglichten, dass wir uns mit unseren Anliegen Gehör verschaffen konnten. Ein spezieller Dank gehört an dieser Stelle der VKB, welche uns vor allem in Rechtsfragen beraten hat. Die gute Zusammenarbeit zeitigte positive Resultate für die Instruktoren.

Ein weiterer Dank gebührt dem zurückgetretenen Präsidenten Christoph Scherz, welcher die Geschäfte seit 2003 führte. Anlässlich der Hauptversammlung vom 7. Mai konstituierte sich der Vorstand neu und führt seither unter dem Präsidium von Simon Schweizer die Geschäfte der Sektion.

#### *25 Jahre VIBABS*

Am 4. Dezember feierten rund 40 Aktive, Ehemalige und Gäste das 25 jährige Bestehen der Vereinigung. Am Gründungsort im Eidg. Ausbildungszentrum Schwarzenburg wurde Rückschau gehalten, wobei die ehemaligen Präsidenten Urs Hösli, Daniel Rebetz und Christoph Scherz einige Reminiszenzen zum Besten gaben. Zum Jubiläum durften auch Grussworte der Direktion BABS und der VKB entgegengenommen werden.

#### *Laufende Geschäfte und Aktivitäten*

Das Jahr 2013 war vor allem geprägt vom Entscheid der Direktion des Bundesamtes, den Geschäftsbereich Ausbildung per 1. Januar 2017 von Bern nach Schwarzenburg zu verlegen. Dies bedeutet, dass für ca. 40 Instruktoren Schwarzenburg als neuer Arbeitsort gelten wird. Diese Neuorientierung gab und gibt weiterhin viel zu reden. Es obliegt dem Vorstand, für die Vereinsmitglieder möglichst optimale Rahmenbedingungen auszuhandeln. So wird ein temporärer Sozialplan für die Betroffenen in Kraft treten. Direktion und Geschäftsbereichs-

leitung sind gewillt, gute Lösungen am neuen Arbeitsort für die Mitarbeitenden zu realisieren. Der Vorstand führt in diesem Zusammenhang regelmässige Gespräche mit den verantwortlichen Stellen, um die Anliegen der Mitglieder einzubringen.

Die VIBABS-Informationsanlässe am Standort Bern sollen wie bis anhin weitergeführt werden. Im Berichtsjahr konnte ein Anlass in Zusammenarbeit mit dem Forensischen Institut der Stadtpolizei Zürich durchgeführt werden. Für das Jahr 2014 sind drei weitere Anlässe geplant.

#### *Ausblick*

Das Jahr 2014 wird ebenfalls ganz im Zeichen des Umzugs nach Schwarzenburg und den damit gestellten Herausforderungen stehen. Der Vorstand VIBABS ist zuversichtlich, dass alle Kräfte auf ein gutes Gelingen hinwirken werden.

### **3.4 Sektion Grenzwachtoffiziere**

Der Vorstand der Sektion hat an seinen periodischen Sitzungen folgende Geschäfte behandelt:

#### *Generalversammlung 2013*

Die Generalversammlung der Sektion fand am 4. Oktober 2013 in Weinfeldern TG statt. Leider war der Aufmarsch nicht so gross. Wir hoffen, dass nächstes Jahr wieder mehr Mitglieder den Weg an die Versammlung finden werden. Der Geschäftsleiter der Getreidemühle trat als Redner auf. Nach dem Mittagessen fand eine interessante Führung durch eine der modernsten Getreidemühlen der Welt statt.

#### *Neue Mitglieder*

Die neu gewählten Offiziere konnten als Mitglieder gewonnen werden. Damit sind zur Zeit 43 aktive und 16 passive Mitglieder bei der Offiziersvereinigung der Grenzwaache eingetragen.

#### *Vorruhestand*

Der Vorruhestand wurde im Juli definitiv neu geregelt, beschäftigt uns aber dennoch weiter. Es gibt verschiedene Details, die noch nicht konkret geregelt werden konnten, bzw. es braucht noch einige Änderungen bei der Bundespersonalverordnung. Die Gespräche mit dem Chef GWK und dem Oberzolldirektor sind im Gange und wir hoffen, dass bis Mitte Jahr eine Lösung gefunden werden kann.

## *Vernehmlassungen*

Über das ganze Jahr hinweg wurden wir über verschiedene Personalgeschäfte orientiert und konnten uns dazu äussern. Unsere Meinungen wurden in der Entschlussfassung berücksichtigt.

## *Beziehungen zur Direktion und zum Chef des Grenzwachtkorps*

Die Beziehungen zu den Entscheidungsträgern in unserer Verwaltung sind gut. Wir sind uns bewusst, dass wir über einen privilegierten Zugang zu ihnen verfügen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dies so bleibt, und dass die Beziehungen von Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägt bleiben.

## *Finanzen*

Auch dieses Jahr konnte eine ausgewogene Rechnung präsentiert werden. Die Finanzen der Sektion sind gesund.

## **3.5 Sektion ETH Lausanne**

### *Organisation*

Der Vorstand setzte sich 2013 wie folgt zusammen: Consuelo Antille (Präsidentin), Verwalterin der Fakultät ENAC; Stephan Morgenthaler (Vizepräsident), Professor für Mathematik; Ludger Weber, Oberassistent am Laboratorium für Metallurgie; Robert Dalang, Professor für Mathematik; Jérôme Chenal, Architekt und Urbanist; Boris Beaudé, Geograph.

Die Präsidentin fungiert auch als Vizepräsidentin der Hochschulversammlung EPFL, als Mitglied der Beschwerdekommision ETH und als Mitglied der Delegiertenversammlung der Pensionskasse PUBLICA. Ludger Weber präsidiert die Vereinigung des akademischen Mittelbaues an der ETHL (ACIDE), und Robert Dalang ist Mitglied des paritätischen Organs des Vorsorgewerks ETH-Bereich. Unser früherer Präsident, Prof. Philippe Thalmann, ist Mitglied der Kassenkommission PUBLICA und unser früheres Vorstandsmitglied Xavier Llobet ist Mitglied des paritätischen Organs des Vorsorgewerks ETH-Bereich.

Diese zusätzlichen Mandate gestatten es der Sektion, an allen wichtigen Diskussionen über zukunftsgerichtete Projekte teilzunehmen. Sie kann auch aktiv in verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen mitwirken, so an den Pilotprojekten für die Personalbefragung ATMOS und das Audit OAQ/CTI, das Ende 2013 startete und 2014 fortgesetzt wird.

Die Union des Personals des ETH-Bereichs (UP EPFL) wurde nicht als Sozialpartner im ETH-Bereich anerkannt. Nachdem die neu gegründete Sektion des Personalver-

bandes des Bundes (PVB) anerkannt wurde, treten jetzt wieder zwei Verbände als Sozialpartner gegenüber der Schulleitung auf. Die Gewinnung neuer Mitglieder erweist sich als immer schwieriger. Das hängt auch mit der Politik der Befristung von Anstellungsverhältnissen zusammen, die einem Engagement in Personalverbänden abträglich ist.

Die Sektion zählt 115 Mitglieder. Der Aufwand zur Gewinnung neuer Mitglieder ist hoch: so nahm die Präsidentin an fünf Veranstaltungen teil, an denen sich die Personalverbände neuen Mitarbeitenden der ETHL vorstellen konnten.

### *Tätigkeiten im Jahre 2013*

Der Vorstand hielt sechs Sitzungen ab und beteiligte sich an verschiedenen Konsultationen. Die Präsidentin nahm an vier Sitzungen des Zentralvorstandes der VKB in Bern bzw. Zürich teil und an zwei Lohnverhandlungen mit dem ETH-Rat in Bern.

Der neue Vizepräsident der ETHL für Infrastruktur und Personal, André Schneider, lud den Vorstand im September zu einer Aussprache ein. Wir haben ihm unsere Anliegen im Bereich Personal unterbreitet.

### *Generalversammlung vom 12. März 2013*

Die Generalversammlung 2013, an welcher Albert Fritschi den Zentralvorstand der VKB vertrat, stand im Zeichen der Wachtablösung. Nach fünfjähriger Tätigkeit traten der Gründungspräsident, Philippe Thalmann, und die Gründungsmitglieder im Vorstand zurück. Ihre Verdienste wurden mit grossem Applaus gewürdigt. Frau Antille Consuelo, seit 2012 im Vorstand, wurde zur Präsidentin gewählt. Professor Robert Dalang, Dr. Jérôme Chenal und Dr. Boris Beaudé wurden neu Mitglieder des Vorstandes.

Danach referierte in öffentlicher Sitzung Jonathan Ledgard, Afrikakenner und Journalist des Economist. Die Veranstaltung schloss mit einem von der VKB offerierten Apéro.

## **3.6 Geschäftsbereich Senioren**

Die zahlreichen positiven Rückmeldungen bestätigen, dass die Seniorinnen und Senioren erneut auf ein vielseitiges und interessantes Jahr zurück blicken dürfen. Mitglieder, welche die Programmausgestaltung unterstützt haben, ermöglichten interessante Einblicke in verschiedene Organisationen. An dieser Stelle sei allen für ihre Mitarbeit herzlich gedankt.

Es wurden 10 Anlässe zu unterschiedlichen Themen angeboten. Aufgrund der grossen Nachfrage konnten insgesamt 24 Veranstaltungen durchgeführt werden.

Total haben 780 Seniorinnen und Senioren an unseren Anlässen teilgenommen.

Folgende Anlässe wurden durchgeführt:

Februar: *Bundeshaus, Bern*

1 Besichtigung / 50 Personen

Dr. phil. Jürg Stüssi, Aktivmitglied

Februar/März: *Sammlung Oskar Reinhart, Winterthur*

2 Besichtigungen / 50 Personen

Dr. phil. Willi Treichler, Seniorenmitglied

März: *Stadler Rail, Bussnang*

1 Besichtigung / 80 Personen

Robert Bosshart, Seniorenmitglied

März/April/Mai: *NEAT Erstfeld, Einbau Bahntechnik*

4 Besichtigungen / 100 Personen

Bruno Bommeli, Seniorenmitglied

Mai/Juni/Juli: *Armeemuseum, Burgdorf und Thun*

3 Besichtigungen / 40 Personen

Divisionär aD Paul Müller, Seniorenmitglied

Mai/Juli: *Salzsalinen, Schweizerhalle und Riburg*

2 Besichtigungen / 90 Personen

Albert Fritschi, Seniorenmitglied und Mitglied GL VKB

Juni/Juli/August/Oktober: *Skyguide, Dübendorf*

4 Besichtigungen / 100 Personen

Daniel Ruhier, Seniorenmitglied

September/Oktober: *focusTerra, ETHZ*

5 Besichtigungen / 120 Personen

Albert Fritschi, Seniorenmitglied und Mitglied GL VKB

Oktober: *UNO, Genf*

1 Besichtigung / 90 Personen

Botschafter Alexandre Fasel

November/Dezember: *Museum für Musikautomaten, Seewen SO*

2 Besichtigungen / 60 Personen

Dr. Christoph E. Hänggi, Direktor Museum für Musikautomaten, Aktivmitglied.

## **4. Mitgliederversammlung, Zentralvorstand und Administration**

### **4.1 Mitgliederversammlung 2013 der VKB**

Die 64. Mitgliederversammlung der VKB fand am 15. Mai 2013 im Hotel Bellevue-Palace in Bern statt. Zentralpräsident Peter Büttiker konnte 82 Mitglieder und Gäste willkommen heissen. Sein besonderer Gruss galt dem Referenten, Dieter Stohler, Direktor der Pensionskasse des Bundes PUBLICA. Er referierte über aktuelle Fragen der Pensionskasse des Bundes.

Der Geschäftsbericht 2012 wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig genehmigt.

Zentralkassier Richard Zollinger erläuterte die Jahresrechnung 2012, die mit einem Überschuss von Fr. 22'667 abschloss. Nach Präsentation des Revisorenberichtes wurde die Jahresrechnung 2012 genehmigt. Der Voranschlag 2013 sah Einnahmen von Fr. 302'000 und Ausgaben von Fr. 311'200 vor. Er wurde ohne Diskussion genehmigt.

Der Vorschlag des Zentralvorstandes auf Beibehaltung des Mitgliederbeitrages von Fr. 70 für Aktive und von Fr. 35 für Pensionierte wurde diskussionslos und einstimmig genehmigt.

Philippe Thalmann, der in die Kassenkommission PUBLICA gewählt wurde, trat als Präsident (Gründungspräsident) der Sektion EPFL und als Mitglied des Zentralvorstandes zurück. Hildegard Weber erklärte ihren Rücktritt aus dem Vorstand der Sektion VIBABS und aus dem Zentralvorstand. Botschafter Michael Winzap (Vertreter EDA) wurde während des Jahres zum Botschafter in Jordanien ernannt.

Der Präsident würdigte die Verdienste der Demissionierenden.

An ihrer Stelle wurden folgende Personen in den Zentralvorstand gewählt:

Consuelo Antille, Präsidentin der Sektion EPFL

Rose Eveline Maradan El Bana, VI BABS

Reto Dürler, Dr.iur., EDA.

Nach Genehmigung des Tätigkeitsprogramms 2013 konnte der Zentralpräsident um 18.25 Uhr den statutarischen Teil der Mitgliederversammlung der VKB schliessen und zum traditionellen Apéro einladen.

### **4.2 Zentralvorstand, Geschäftsleitung und Administration**

Der *Zentralvorstand* wurde an fünf Sitzungen durch die Geschäftsleitung und die Vertreterinnen und die Vertreter der Sektionen über die wichtigsten laufenden Geschäfte orientiert. Die Sachgeschäfte, an welchen die VKB mitwirkte, werden unter Ziffer 2 dieses Berichts erwähnt.

Die *Geschäftsleitung* tagte wie üblich im 2-Wochen-Rhythmus zur Behandlung der laufenden Geschäfte. Die Mitglieder der Geschäftsleitung VKB nahmen an zahlreichen Anlässen teil, an welchen sie als Verhandlungspartner oder als Informationsempfänger auftraten. Der Kontakt und die Verbindung mit den Sektionen wurden wie bis bisher gepflegt.

Über das aktuelle Geschehen wird in den VKB-Mitteilungen sowie laufend auf der Homepage VKB [www.vkb-acc.ch](http://www.vkb-acc.ch) informiert.

Die Zahl der bei der Geschäftsleitung in individuellen Angelegenheiten aus ihrem Arbeitsverhältnis Rat suchenden Mitglieder ist auf ein Rekordhoch angestiegen. Gründe sind in den meisten Fällen Restrukturierungsprojekte in der Organisation der Bundesverwaltung, Leistungsbeurteilungen, Arbeitszeitmodelle und Arbeitsverträge.

Die im Sommer gestartete Werbeaktion für neue Mitglieder zeigte ein ansehnliches Ergebnis. Bis Ende Jahr konnten 197 neue Mitglieder gewonnen werden. Weitere sollen noch folgen.

Wie in den vergangenen Jahren unterstützte uns Pierre Savary verlässlich als Französisch-Übersetzer der VKB-Mitteilungen, der Werbeunterlagen und der kurzfristig anfallenden Aufträge.

#### *Mitgliederbestand*

Bestand am 1. Januar 2013	3'869, davon 1'512 Pensionierte
Bestand Ende 2013	3'852, davon 1'510 Pensionierte.

## **5. Finanzen**

<b>Jahresrechnung 2013 mit Voranschlag 2014</b>	<b>R 2013</b>	<b>V 2014</b>
<i>Einnahmen</i>		
Mitgliederbeiträge	218'430.00	215'000.00
Dienstleistungsertrag	121'992.10	110'000.00
Zinsertrag	248.30	200.00
Summe Einnahmen	340'670.40	325'200.00
<i>Ausgaben</i>		
Personalaufwand	120'302.05	122'000.00
Rechtsschutz	34'650.00	35'000.00
Mitgliederversammlung	9'381.00	9'500.00
Sitzungen GL + ZV	3'868.30	4'500.00

Sektion Lausanne	3'888.30	3'500.00
Sektion Zürich	7'111.60	7'000.00
Senioren	14'142.25	14'000.00
Beziehungen Inland	783.25	500.00
Beziehungen Ausland	1'854.40	2'000.00
Callcenter	551.40	1'500.00
Büromaterial, Drucksachen, Kopien	3'406.80	4'000.00
Büroraum, Geräte, Mobiliar	10'500.00	10'500.00
Kommunikationskosten	1'263.60	1'200.00
Porti	18'242.25	16'500.00
Buchhaltungskosten & Revision	3'386.20	3'500.00
Werbung	21'351.05	10'000.00
VKB-Mitteilungen (Druckkosten)	55'654.35	56'000.00
Mitgliederdienste	0.00	500.00
Reisekosten	8'343.30	8'000.00
Repräsentationskosten, Spesen	58.54	200.00
Verschiedene Ausgaben	1'185.05	1'000.00
Steuern	283.35	300.00

Ausserordentlicher Aufwand

<i>Summe Ausgaben</i>	<i>320'207.04</i>	<i>311'200.00</i>
-----------------------	-------------------	-------------------

*Aktiven per 31. Dezember 2013*

PostFinance	52'336.45
Berner Kantonalbank	118'528.24
Flüssige Mittel	170'864.69
Guthaben Verrechnungssteuer	77.10
Transitorische Aktiven	53'185.40
Forderungen	0.0
Summe Aktiven	224'127.19

*Passiven per 31. Dezember 2013*

Kreditoren	27'115.85	
Transitorische Passiven	2'100.00	
Gewinnvortrag Vorjahr	22'667.85	
Eigenkapital	151'780.13	
Summe Passiven	203'663.83	
Einnahmenüberschuss (Budgetiert -9'000.00)	20'463.36	+ 14'000.00

## 6. Dienstleistungen

Die VKB bietet ihren Mitgliedern seit vielen Jahren mit grossem Erfolg einige Dienstleistungen an: Kreditkarten, Krankenkasse und Versicherungen.

### *Krankenkasse KPT*

Die VKB hat mit der KPT Versicherungen AG (KPT) einen Kollektivvertrag abgeschlossen. Rund 3700 VKB-Mitglieder, deren Familienangehörige eingeschlossen, sind bis heute dem Kollektivvertrag beigetreten. Viele Neumitglieder der VKB haben an dieser Dienstleistung Interesse.

Allen Mitgliedern, die noch nicht bei der KPT versichert sind, empfehlen wir, eine Offerte der KPT einzuholen. Hinweise dazu stehen in jeder VKB-Mitteilung.

### *Versicherungen bei der «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft*

Wir arbeiten seit über fünfzehn Jahren mit der «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft («Zürich Connect») erfolgreich zusammen. Unser Angebot umfasst die Bereiche Motorfahrzeug (Auto und Motorrad, Assistance), Hausrat, Gebäude und Privathaftpflicht. Bei den Motorfahrzeugversicherungen bestehen rund 800 Policen, bei der Hausrat-, Gebäude- und Privathaftpflichtversicherung sind es über 250. Die Gesamtzahl an Versicherungspolicen liegt bei über 1'100.

Wer unser Angebot noch nie geprüft hat, dem empfehlen wir, dieses einmal unverbindlich zu tun. In vielen Fällen dürften unsere Mitglieder unter Berücksichtigung der Leistungen vom Angebot positiv überrascht sein. Hinweise finden sich auf unserer Homepage ([www.vkb-acc.ch](http://www.vkb-acc.ch)) oder in den VKB-Mitteilungen.

### *Versicherungen bei der AXA-ARAG AG*

Rechtsschutzversicherungen im Privatbereich (Privat-Rechtsschutz, Verkehrsrechtsschutz, Reise-Rechtsschutz) zu günstigen Bedingungen bietet seit dem 1. Januar 2012 auch die AXA-ARAG an. Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter [office@vkb-acc.ch](mailto:office@vkb-acc.ch) angefordert werden.

### *Rechtsschutz im Arbeitsrecht*

Die aktiven Mitglieder der VKB sind für den Fall von Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (Arbeitsrecht, Versicherungsrecht) obligatorisch versichert. Die Rechtsschutzversicherung übernimmt die Honorare von Anwälten, die Kosten von Gutachten, die Kosten des Gerichts und Prozessentschädigungen an die Gegenpartei. Diese Versicherung ist also eine Prozesskostenversicherung. Die Prämie ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Massgebend ist das Reglement des

Zentralvorstandes vom 21. Februar 2011 betreffend die Rechtsberatung und die Rechtsschutzversicherung der VKB, welches auf unserer Homepage zu finden ist ([www.vkb-acc.ch](http://www.vkb-acc.ch); Ihre Vorteile). Gesuche um Rechtsberatung und Rechtsschutz sind an die Geschäftsstelle zu richten. Mitglieder, die den Rechtsschutz der VKB beanspruchen wollen, dürfen nicht einem Anwalt direkt ein Mandat erteilen. Sie dürfen auch nicht direkt an die Rechtsschutzversicherung gelangen.

## **7. Werbung**

Im Jahr 2013 haben wir wieder eine grosse Werbeaktion durchgeführt. Der VKB sind dadurch über 220 neue Mitglieder beigetreten.

## **8. Internationale Tätigkeit: Conférence Européenne des Syndicats indépendants (CESI)**

An die CESI-Fachtagung der Akademie Europa «Der öffentliche Sektor: ein gesuchter Arbeitgeber für eine nachhaltige Organisation? Die Herausforderungen der Mitarbeiterwerbung und -bindung» in Hamburg vom 10./11. Oktober 2013 wurde ein Geschäftsleitungsmitglied delegiert.

# **Die VKB in Stichworten**

## **Zweck und Wirken**

Die 1948 gegründete Vereinigung der Kader des Bundes bezweckt die Wahrung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder, die Förderung der Zusammenarbeit und die Pflege des persönlichen Kontaktes. Dazu bietet sie ihren Mitgliedern günstige Dienstleistungen.

Die VKB ist eine freie und unabhängige Interessengemeinschaft der Führungs- und Fachkader und nimmt an allen offiziellen Verhandlungen über personalpolitische Fragen mit dem Bundesrat, dem Finanzdepartement, dem Personalamt und der PUBLICA sowie der ETH teil.

## **Organisationsbereich**

Führungs- und Fachkader (ab Lohnklasse 18 des Bundes) und des ETH-Bereichs (ab FS 8). Unter vergleichbaren Voraussetzungen Personen, die bei einer Unternehmung mit Beteiligung des Bundes (z.B. SBB, Die Post und Swisscom AG) arbeiten.

## Struktur, Mitgliederzahl

Innerhalb der Vereinigung bilden die Mitglieder aus dem Raum Zürich/Ostschweiz, die Mitarbeitenden der Ecole polytechnique fédérale in Lausanne, die Militärischen Berufskader, die Offiziere des Grenzwachtkorps und die Instruktoren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz eigene Sektionen.

Mitgliederzahl: rund 4'000.

Die VKB ist eine Milizorganisation; Geschäftsleitung und Zentralvorstand arbeiten nebenamtlich. Sie werden durch die Geschäftsstelle unterstützt.

## Mitgliederinformation

- laufend im Internet [www.vkb-acc.ch](http://www.vkb-acc.ch) unter dem Menu «Aktuelles»
- vierteljährlich in deutscher und französischer Sprache erscheinendes Heft «VKB-Mitteilungen»
- Mitgliederversammlung
- Veranstaltungen der Sektionen.

## Nebenleistungen

- Rechtsschutzversicherung (Arbeitsrecht) für alle aktiven Mitglieder der VKB
- vergünstigte Prämien auf den Zusatzversicherungen der Krankenkasse KPT (Beitritt oder Übertritt bis zum 70. Altersjahr). Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter [office@vkb-acc.ch](mailto:office@vkb-acc.ch) angefordert werden. Neueintretende Mitglieder erhalten dieses mit den Eintrittsunterlagen.
- Vorzugsbedingungen bei Zurich Connect, dem Verkaufskanal der «Zürich» Versicherungsgesellschaft in den Bereichen der Motorfahrzeug- sowie Hausrat- und Privathaftpflicht-Versicherungen.  
Auskünfte: Tel. 0848 807 810, Mo – Fr 08.00 – 20.00 Uhr.
- Rechtsschutzversicherungen im Privatbereich bei AXA-ARAG zu günstigen Bedingungen. Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter [office@vkb-acc.ch](mailto:office@vkb-acc.ch) angefordert werden.
- UBS Kreditkarten VISA und MASTERCARD zu Vorzugsbedingungen. Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter [office@vkb-acc.ch](mailto:office@vkb-acc.ch) angefordert werden.
- Zugang zu günstigen Hypotheken in der ganzen Schweiz für Versicherte und Rentenbeziehende der PUBLICA über money-net, die onlinebank der Berner Kantonalbank: [www.money-net.ch/publica](http://www.money-net.ch/publica)

## Jahresbeitrag

Aktive Fr. 70.–. Pensionierte Fr. 35.–.

## Meldung von Mutationen, Bestellung von Werbeunterlagen

– Mutationen (Eintritt, Adressänderung, Pensionierung, Austritt) bitte rechtzeitig der Geschäftsstelle melden (Adresse siehe Seite 4).

*Austritt aus der VKB:* Bitte beachten Sie, dass der Austritt aus der VKB auch den Wegfall von Dienstleistungen und den damit verbundenen Vergünstigungen/Rabatten (z.B. KPT, Zurich Connect) zur Folge hat.

– Unterlagen für die Werbung neuer Mitglieder schickt die Geschäftsstelle direkt an die von Ihnen angegebene Adresse.

Kontakt zur VKB: siehe Seite 4

## Zurich Connect

## Wenn die Diebe durchs Kippfenster kommen



**Eine Reise wegen eines unvorhergesehenen Ereignisses abbrechen, ist ärgerlich. Wenn aber der richtige Versicherungsschutz vorhanden ist, ist alles halb so wild.**

Wie schnell ist es doch passiert: Man ist am Morgen in Eile, um nicht zu spät zur Arbeit zu kommen und vergisst, das gekippte Fenster

im Bad zu schliessen. Abends dann die böse Überraschung: Diebe haben sich genau dieses zu Nutzen gemacht, um in die eigenen vier Wände einzudringen und Wertvolles mitgehen zu lassen. Ärgerlich! Noch ärgerlicher ist, dass genau in diesem Fall entwendete Geldwerte nicht versichert sind.

## Von einfachen und gewaltsamen Diebstahlschäden

Bei den meisten Hausratversicherungen sind sowohl Diebstahlschäden durch gewaltsamen Einbruch als auch so genannte «einfache Diebstahlschäden» nach Ein-

bruch ohne Gewaltanwendung zu Hause versichert. Schräg gestellte Fenster sind für Diebe beliebte Anziehungspunkte, weil diese nur wenig Widerstand bieten und nahezu lautlos entriegelt werden können. Die dabei angewendete Geschicklichkeit gilt nicht als Gewaltanwendung im Sinne des Versicherungsvertrages. Die Versicherungsentschädigung in solchen Fällen erfolgt also im Rahmen der Deckung für einfachen Diebstahl. In diesem Fall sind jedoch Geldwerte nicht versichert. Schmucksachen hingegen sind meistens mit einer begrenzten Summe versichert.

**Es empfiehlt sich also, Fenster und Türen schon bei kürzeren Abwesenheiten geschlossen zu halten und generell möglichst wenig Bargeld oder andere Geldwerte zu Hause aufzubewahren.**

### **Versicherungssumme überprüfen**

Und wie steht es um den Hausrat? Dieser ist generell zum Neuwert versichert. Das heisst, im Schadenfall wird der Preis vergütet, den Sie heute für die Neuanschaffung eines gleichwertigen Gegenstandes bezahlen müssten. Hier lohnt es sich allerdings, von Zeit zu Zeit die Versicherungssumme überprüfen zu lassen:

Eine Überdeckung kostet nur, unterversichert zu sein, ist ebenfalls ärgerlich. Denn ist der Hausrat beispielsweise um 50 Prozent unterversichert und es wird der 2000 Franken teure Laptop aus der Wohnung gestohlen, erhält man auch nur den halben Preis des effektiven Wertes zurückerstattet. Die richtige Versicherungssumme erspart im Schadenfall viel Ärger – sprich: finanzielle Folgen, die bei einer Unterversicherung selber zu tragen wären.

Ein Gespräch mit dem Versicherungsexperten lohnt sich auf jeden Fall.

#### **Zurich Connect – einfach online abschliessen!**

Im Internet finden Sie unter [www.zurichconnect.ch/partnerfirmen](http://www.zurichconnect.ch/partnerfirmen) alle Informationen zu den Angeboten von Zurich Connect. Hier können Sie Ihre individuelle Prämie berechnen und Ihre persönliche Offerte erstellen. Dafür benötigen Sie folgendes Login:

**ID:** vkb-acc

**Passwort:** cadres

Oder Sie verlangen über die für VKB-Mitglieder exklusive Telefonnummer **0848 807 810** eine unverbindliche Offerte.